

Geld & Markt

■ Erst im Februar wurde ein erstes Sparpaket verkündet, wonach 1900 Jobs bis 2029 gestrichen werden sollen. Betriebsrat will Garantien.

OLIVER SCHMALE | STUTTGART

Porsche will seinen Sparkurs noch forcieren und fordert weitgehende Zugeständnisse der Beschäftigten. Die Volkswagen-Tochter strebt in Gesprächen über ein neues Zukunftspaket weitere Einsparungen vor allem im Stammwerk in Zuffenhausen und im Entwicklungszentrum in Weissach an, wie die „Stuttgarter Nachrichten“ und „Stuttgarter Zeitung“ berichten.

Es geht an die Zulagen

Unter anderem wird die Auslagerung ganzer Betriebsteile und Fahrzeuge in den Raum gestellt. Geplant sind demnach die Streichung von Einmalzahlungen und Jubiläumsleistungen. Auch bei der Altersvorsorge soll gekürzt werden. Konkret würden ein „Personalabbau im Angestelltenbereich“ oder eine „externe Verlagerung von Dienstleistungsumfän-

„Wir brauchen eine Beschäftigungssicherung mindestens bis 2035 und erwarten ein klares Bekenntnis des Vorstands zu unseren deutschen Porsche-Standorten.“

Gesamtbetriebsratsvorsitzender IBRAHIM ASLAN

gen“ genannt, zudem eine „Reduzierung der Azubi-Zahlen und bedingte Übernahmegarantie“. Ferner soll es „Anpassungen“ beim Homeoffice und der Arbeitszeit sowie eine „Erhöhung der Flexibilität“ geben, wie die Zeitungen unter Berufung auf eine ihr vor-



Dunkle Wolken über dem Stammwerk der Porsche AG.

FOTO: MARIAN MURAT/DPA

liegende Auflistung weiter berichteten.

Ein Unternehmenssprecher sagte, die Automobilindustrie stehe vor immensen Herausforderungen und die Wettbewerbsfähigkeit entscheide über die Zukunft von Porsche. „Dafür müssen

wir in allen Bereichen anpacken. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen sind erhebliche Kostenoptimierungen zwingend erforderlich.“ Darüber spreche man mit der Arbeitnehmerseite im Rahmen eines zweiten Zukunftspakets – „weiterhin vertrau-

lich“. Das Unternehmen hatte in der Vergangenheit immer wieder betont, dass es mit der Arbeitnehmervertretung über die Senkung von Personalkosten sprechen wolle. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Ibrahim Aslan sagte auf Anfrage: „Gesamtbetriebsrat und IG Metall sind in Gesprächen mit dem Vorstand über ein Zukunftspaket, um Porsche und Belegschaft gut für die Zukunft aufzustellen.“ Aktuell befinde man sich in der Informationsphase, erst danach werde man in Verhandlungen eintreten.

In der kommenden Woche finden schon lang angesetzte Betriebsversammlungen in Zuffenhausen und Weissach statt. Der Standpunkt des Betriebsrats sei klar: „Wir brauchen eine Beschäftigungssicherung mindestens bis 2035 und erwarten ein klares Bekenntnis des Vorstands zu unseren deutschen Porsche-Standorten.“ Die aktuelle Beschäftigungssicherung gilt nach früheren Angaben bis Mitte 2030 für ungefähr 23.000 Mitarbeiter im Stammwerk Zuffenhausen, im Entwicklungszentrum in Weissach sowie an mehreren kleineren Standorten. Liefere die Maßnahme aus, wären betriebsbedingte Kündigungen möglich.

Hohe Kosten

Erst im Februar wurde ein erstes Sparpaket verkündet, wonach 1900 Jobs bis 2029 gestrichen werden – wegen der Beschäftigungssicherung sozialverträglich. Im Juli kündigte der scheidende Vorstandschef Oliver Blume intern eine weitere Sparrunde an.

Angesichts der milliarden-schweren Belastungen durch den Strategieschwenk, wieder verstärkt Verbrenner zu bauen, geht die Porsche-Führung in diesem Jahr von deutlich weniger Gewinn aus. Die Kosten für den Unternehmensumbau summieren sich auf 3,1 Milliarden Euro, wie Porsche Mitte September mitteilte.



Peter Specht (links) verabschiedet seinen langjährigen Mitsreiter Erik Schäfer aus der OBE-Geschäftsführung und begrüßt Oliver Stiegen (rechts).

FOTO: OBE

Wechsel an der Spitze von OBE in Ispringen

ISPRINGEN. Zum 1. Januar 2026 kommt es in der Ispringer OBE-Gruppe zu wichtigen Veränderungen in der Geschäftsführung. Oliver Stiegen wird die Nachfolge von Erik Schäfer antreten, der nach über 35 Jahren erfolgreicher Tätigkeit für OBE, davon mehr als 22 Jahre als Geschäftsführer, zum 31. Dezember seine Mandate innerhalb der OBE-Gruppe sowie in den Tochtergesellschaften in Italien, China, Hongkong und Vietnam niederlegen wird.

Stiegen übernimmt als Vertriebsgeschäftsführer die Gesamtverantwortung für Vertrieb, Marketing sowie Produktmanagement und Entwicklung. Er verfüge über langjährige internationale Führungserfahrung, heißt es in einer Pressemitteilung. Mit seiner Erfahrung in der internationalen Marktentwicklung werde Stiegen die Kundenorientierung der OBE-Gruppe ausbauen und neue Impulse – etwa im Bereich innovativer Präzisionsbauteile und Smart Glasses setzen. Darüber hinaus übernimmt Harald Böck als technischer Geschäftsführer die Ver-

antwortung für die Produktion bei OBE. Als langjähriger Geschäftsführer der MIMplus Technologies GmbH & Co. KG wird er zudem seine umfassende Erfahrung in der Industrialisierung und technischen Weiterentwicklung von Produktionsprozessen künftig in der gesamten OBE-Gruppe einbringen.

Erik Schäfer bleibt auf ausdrücklichen Wunsch von Peter Specht und dem Beirat dem Unternehmen als selbstständiger Berater erhalten. Zu Schäfers Verdiensten zählen unter anderen die Gründungen der diversen Tochtergesellschaften im Ausland. Hierzu zählen OBE Italia (1996), OBE Hongkong (1996), OBE Shenzhen (2000) und die Produktion GLOBE in China (2004). Schließlich habe Schäfer auch die mehrheitliche Übernahme der Produktion von OMM in Italien (2024) und die Gründung von OBE Vietnam (2025) maßgeblich vorangebracht. Die Geschäftsführung des Ispringer Familienunternehmens betont, dass gerade diese Vertriebstöchter und auch die OBE-Produktionsstätten im Ausland den heimischen Standort sichern würden. *ne/pm*

Kölmel: „Lage der Zulieferindustrie ist dramatisch“

■ Was als Automobilkrise begann, habe sich zum Flächenbrand über mehrere Branchen entwickelt.

GERD LACHE | PFORZHEIM

„Die Hütte brennt und zwar lichterloh.“ Mit diesem Warnruf rüttelte Professor Dr. Bernhard Kölmel die Teilnehmenden der TraFoNetz-Jahresabschluss-Klausur im TurmQuartier der Sparkasse Pforzheim Calw auf. Aus der geplanten feierlichen Abschlussbilanz des dreijährigen Förderprojekts wurde ein eindringlicher Appell. Kölmels Botschaft: Das Transformationsnetzwerk Nord-schwarzwald darf nicht aufhören.

Was als Automobilkrise begann, habe sich zum Flächenbrand über mehrere Branchen entwickelt, sagte Professor Bernhard Kölmel, Vorsitzender des Transformationsbeirats und Wirtschaftsprofessor an der Hochschule Pforzheim. Er warnte Politik und Wirtschaft

davor, die dramatische Lage der Zulieferindustrie im Nord-schwarzwald zu verharmlosen. Die Region erlebe einen „perfekten Sturm“, der weit über den Übergang vom Verbrenner zum E-Auto hinausgehe.

„Die Hütte brennt und zwar lichterloh.“

Professor **BERNHARD KÖLMEL**, Vorsitzender des Transformationsbeirats

Die größte Bedrohung für die präzisionsstarke Zulieferindustrie sieht der Beiratsvorsitzende in der Verbreitung der „Good Enough Technology“. Elektroautos benötigen nur etwa halb so viele Teile wie Verbrenner und diese erforderten oft keine hohe Präzision mehr, es reiche ein „gerade gut genug“. Hinzu kämen massive Exportprobleme und US-Zölle, die zu hohen Vertriebsseinbrüchen führen würden.

Derweil kann das TraFoNetz auf beeindruckende drei Jahre zu-



Hochschul-Professor Bernhard Kölmel fordert mehr Transformation.

FOTO: GERD LACHE

rückblicken. Projektleiterin Katharina Bilaine präsentierte die Bilanz: 66 unterschiedliche hochwertige Angebote entwickelt, über 160 Veranstaltungen mit mehr als 7500 Teilnehmenden durchgeführt. Das Team der Wirtschaftsförderung ging direkt in weit mehr

als 300 Betriebe. Konkrete Produkte wie die Future Skills Studie, innerbetriebliche Weiterbildungsbausteine, ein Handbuch für ausländische Fachkräfte und Anleitungen für den Eintritt in Zukunftsmärkte entstanden. „All das hätte es ohne TraFoNetz nicht ge-

geben“, betonte Bilaine. WFG-Geschäftsführer Jochen Protzer machte deutlich: Angesichts technologischer Umbrüche, angespanntem Arbeitsmarkt und steigender Anforderungen bei Digitalisierung und Nachhaltigkeit sei ein starkes TraFoNetz wichtiger denn je. „Wenn es uns nicht schon gäbe, müsste man uns erfinden.“ Kerstin Gatzlaff, Vorstandsmitglied der Sparkasse Pforzheim Calw und Mitglied des TraFoNetz-Beirats, pflichtete bei: „Das ist eine wichtige Initiative für die Region.“

Aus der Schockstarre

Professor Kölmel sieht eine der aktuellen Aufgaben darin, zunächst die Mentalität der Führungskräfte zu verändern. Viele hätten verlernt, eigenständig Strategien aufzubauen, da sie jahrzehntlang lediglich Aufträge großer Hersteller erfüllten. Eine Weiterführung des Projekts sei deshalb unerlässlich, um die Starre zu lösen.

Arbeitszeiten auf Prüfstand

BERLIN. Viele Beschäftigte in Deutschland haben laut einer Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) längere Arbeitszeiten als gewünscht. Lediglich 40 Prozent der Befragten würden ihre aktuelle Wochenarbeitszeit beibehalten, 53 Prozent würden sie verkürzen, wenn möglich, wie aus dem in Berlin präsentierten DGB-Index Gute Arbeit 2025 hervorgeht. Gewünschte und tatsächliche Arbeitszeit wurden dabei gegenübergestellt. Nur sieben Prozent würden gerne länger arbeiten.

Gründe für die Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit seien überwiegend „starre betriebliche Vorgaben“, so der DGB. Eine große Mehrheit wünscht sich eine maximale tägliche Arbeitszeit von acht Stunden. 43 Prozent aller Befragten geben aber an, häufig länger zu arbeiten. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit liegt bei 36,3 Stunden. *dpa*

HANDELSBLATT

Bahnchefin will Stellen im Topmanagement halbieren

BERLIN. Die neue Bahnchefin Evelyn Palla plant einem Bericht des „Handelsblatts“ zufolge, die Führungsriege unterhalb der Konzernvorstandsebene deutlich zu verschlanken. Die oberen Managementposten sollen demnach von derzeit 43 auf 22 reduziert werden, hieß es. Die Positionen der sogenannten Konzernbeauftragten, die zwischen dem Vorstand und der ersten Führungsebene geschaltet

sind, sollen komplett wegfallen. Die Konzernvorstände der Tochter-Gesellschaften würden zudem verkleinert, heißt es. Die Deutsche Bahn äußerte sich zu den konkreten Plänen nicht und verwies auf die bereits bekannten Ankündigungen Pallas, die Konzernleitung umzubauen und Verantwortlichkeiten in die Fläche zu verlagern. Am 10. Dezember befasst sich der Aufsichtsrat damit. *dpa*

REDUZIERUNG GEPLANT

Türkei verlängert Gasverträge mit Russland um ein weiteres Jahr

ANKARA. Die Türkei hat zwei auslaufende Verträge zum Import von russischem Gas über insgesamt 22 Milliarden Kubikmeter um ein Jahr verlängert und will gleichzeitig ihre Energiequellen diversifizieren. Sie liefen nun bis Ende 2026, sagte der stellvertretende Energieminister Ahmet Berat Conkar in Ankara vor Journalisten. Die Türkei habe den Anteil russischer Lieferungen bereits auf

40 Prozent reduziert. Man wolle nicht von einem einzigen Land abhängig sein. „Aktuell benötigt die Türkei jedoch noch Gas aus Russland, Aserbaidschan und anderen verfügbaren Quellen.“ Auch die USA verstünden dies, sagte Conkar mit Blick auf US-Präsident Donald Trump. Dieser hatte im September gefordert, dass die Türkei kein Öl oder Gas mehr von Russland beziehe. *dpa*

VERKEHRSKOMMISSAR AUSGEBREMST

EU-Staaten wollen TÜV-Prüfung nicht im jährlichen Rhythmus

BRÜSSEL. Die EU-Staaten sprechen sich gegen eine jährliche Pflichtinspektion von Autos aus, die älter als zehn Jahre sind. Damit stellen sie sich gegen einen Vorschlag der EU-Kommission, der die Verkehrssicherheit in Europa erhöhen sollte. Unterstützung bekommen die EU-Staaten vom ADAC und aus Reihen der EVP im Europaparlament. Der Kommissionsvorschlag hätte für viele vor allem höhere

Kosten bedeutet, so der CDU-Abgeordnete Jens Gieseke. „Ein Gewinn an mehr Verkehrssicherheit aber ist fraglich.“ Sobald sich das Europaparlament einig ist, können die Verhandlungen beginnen. EU-Verkehrskommissar Apostolos Tzitzikostas sagte im Frühjahr: „Die EU ist fest entschlossen, die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten bis 2030 um 50 Prozent zu senken.“ *dpa*